

THEMA: Schule & Gesundheit

ÄrztInnen raus aus den Schulen?

SchulärztInnen sollen in Zukunft mehr Aufgaben übernehmen. Dies nimmt der Gemeindebund-Präsident Riedl zum Anlass, deren Abschaffung zu fordern. Um 30-40 Mio. € jährlich soll es gehen. Kosten, die den Gemeinden laut deren „Chef“ zu Unrecht aufgebürdet werden. Die Vorarlberger LehrerInnen Initiative begrüßt diese Diskussion, zeigt sie doch, wie schlecht es um die medizinisch-sozial-psychologische Betreuung in den Schulen steht.

Wir fordern seit Jahren, nach dem Vorbild anderer Länder endlich das nötige Geld in die Hand zu nehmen und die zusätzliche Unterstützung für die SchülerInnen einzurichten. Rechnen wir einmal nach: In Österreich gibt es über 1 Mio. SchülerInnen und Länder und Gemeinden sollen nicht bereit sein, 30 - 40 € pro Kind und Jahr für die Absicherung der jährlichen Untersuchungen auszugeben?

Der AHS-Vertreter **Gerhard Pušnik** möchte diese Diskussion aufgreifen und ins Positive wenden: *„In vielen Schulen wird die Anwesenheit und die Untersuchungs- und Beratungstätigkeit der ÄrztInnen als sehr positiv erlebt, dies soll weiter so bleiben. Was fehlt, sind multiprofessionelle Teams. SchulärztInnen, PsychologInnen und SozialarbeiterInnen sollen an den Schulen zusammenarbeiten, sowohl präventiv wirken als auch in akuten und schwierigen Situationen für SchülerInnen und LehrerInnen unterstützend da sein. Die Gesundheitsvorsorge und die psychosoziale Unterstützung an den Schulen muss ausgebaut werden.“*

„Österreich ist hier klar im Rückstand. Das zeigen auch die Vergleichsstudien, die regelmäßig gemacht werden. Dieser unhaltbare Zustand geht ganz klar zu Lasten der LehrerInnen und SchülerInnen. Hier hat auch die türkis-blaue Regierung keine Akzente gesetzt, das muss sich endlich ändern. Bund, Länder und Gemeinden müssen endlich an einem Strang ziehen und eine medizinisch-psychologische Offensive starten“, fordert auch die BMHS-Vertreterin **Katharina Bachmann**.

Die vom Gemeindebund-Chef Riedl vorgebrachten Vorschläge – die SchülerInnen zu den niedergelassenen ÄrztInnen zu schicken und den Mutter-Kind-Pass zu verlängern – sind in keiner Weise geeignet, diese Versäumnisse auszugleichen.

Rückfragehinweis:

Gerhard Pušnik, 0664 – 3918646

Katharina Bachmann, 0664 - 73471460